

A
P J
Palestinian and Jewish
Academics

DAVO

German Middle East Studies Association
Deutsche Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient

Allianz für Kritische und
Solidarische Wissenschaft

An:

Prof. Dr. Cornelia Woll
Präsidentin der Hertie School of Governance
Per e-Mail an: c.woll@hertie-school.org

und

Annette Schavan
Vorsitzende des Vorstands der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung
Per e-Mail an: info@ghst.de

Berlin, 13.3.2026

Sehr geehrte Frau Präsidentin Woll,
sehr geehrte Frau Schavan,

wir wenden uns gemeinsam als Gremium für Wissenschaftsfreiheit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient (DAVO GfW), Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft (KriSol) und Verein Palästinensischer und Jüdischer Akademiker*innen (PJA) an Sie, um unsere Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen an der Hertie School und in der Hertie-Stiftung in Reaktion auf die von der Hertie Student Representatives verabschiedete Resolution: „Resolution to Endorse the Boycott, Divestment, Sanctions (BDS) Campaign and to Divest Hertie Student-Controlled Funds from Organizations Complicit in Human Rights Violations in the Occupied Palestinian Territories (OPT)“ auszudrücken.

Die Resolution der Studierendenvertretung bewegt sich inhaltlich – unabhängig davon, ob man deren Positionen teilt – klar im Rahmen der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit¹ und die darin formulierten Forderungen sind zum Großteil auf die

¹ Rechtssprechung: EuGMR Baldassi ./ . Frankreich, 15271/16 u.a., Urteil vom 11.6.2020); BVerwG BVerwG 8 C 35.20 - Urteil vom 20. Januar 2022.

Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Juli 2024 und den dort genannten völkerrechtlichen Verpflichtungen für staatliche Institutionen im Umgang mit der illegalen Besetzung palästinensischer Gebiete gestützt.² Darüber hinaus fällt die Verabschiedung einer solchen Resolution in die Autonomie der studentischen Selbstverwaltung. Studierende und ihre Gremien haben laut Berliner Hochschulgesetz das Recht, sich zu hochschulpolitischen Fragen zu positionieren.³ Die Verwendung von universitären Mitteln und Forschungsk Kooperationen sind Teil der Hochschulpolitik. In einer demokratischen und offenen Gesellschaft müssen Universitäten – insbesondere solche, die zu Governance, Demokratie und Menschenrechtsthemen forschen und lehren – Orte sein, an denen offener Diskurs auch über aktuelle politische Themen möglich ist. Aufgrund der internationalen Ausrichtung und des hohen Anteils internationaler Studierender und Mitarbeiter:innen an der Hertie School ist die Sicherstellung eines Pluralismus von Perspektiven besonders wichtig. Das gilt auch für Positionen der Studierendenschaft, die kritisch oder konträr zur aktuellen Regierungspolitik, der Position der Universitätsleitung oder der Stiftungsleitung stehen.

Mit großer Besorgnis haben wir die angekündigten und implizierten Konsequenzen seitens der Universitätsleitung⁴ sowie der Hertie-Stiftung⁵ für die Studierenden zur Kenntnis genommen, die eine direkte oder indirekte Sanktionierung in Form von Disziplinarmaßnahmen der studentischen Repräsentant:innen in Aussicht stellen. Eine solche Einflussnahme stellt eine problematische Einmischung in die Studierendenselbstverwaltung durch die Hochschulleitung sowie eine Beeinträchtigung der institutionellen Autonomie durch die Hertie-Stiftung dar.

Vor dem Hintergrund der Deutschlandreise von Irene Khan, der UN-Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit, die im Februar im Rahmen einer Veranstaltung des Center for Fundamental Rights auch an der Hertie School zu Gast war, möchten wir auf ihre Feststellungen hinweisen. Sie hat zunehmende Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Deutschland, insbesondere an Universitäten, beobachtet.⁶ Hinzu kommen aktuelle Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie CIVICUS. Deutschland wurde dort zum zweiten Jahr in Folge (2025) aufgrund wachsender Einschränkungen der Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auf den Status „beeinträchtigt“ herabgestuft.⁷ Auch der Academic Freedom Index (AFi) zeigt für 2025 einen signifikanten Rückgang der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Darüber hinaus dokumentiert der Free to Think Report 2025 von Scholars at

² Siehe ICJ Advisory Opinion: <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-adv-01-00-en.pdf>.

³ §18 Abs. 2 des BerlHG.

⁴ Siehe Zitat im WELT Artikel:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article69aedbcf28206c8e00ed46af/hertie-school-in-berlin-verhalten-sich-wie-auf-ihren-extremistischen-demos-in-kreuzberg.html>.

⁵ Statement von Annette Shavan:

https://www.ghst.de/fileadmin/images/02_Formulare_und_Dokumente/Stellungnahme_Annette_Schavan_zu_Hertie_School.pdf.

⁶ Vorläufiger Report nach dem Deutschlandbesuch von Irene Khan:

<https://www.ohchr.org/sites/default/files/statements/20260206-eom-stm-europe-central-asia-region-sr-protection-right-en.pdf>.

⁷ Siehe: https://monitor.civicus.org/press_release/2025/germany/.

Risk erstmals konkrete Angriffe auf die akademische Freiheit und Studierende in Deutschland.⁸

Angesichts dieser Entwicklungen ist es unabdingbar, dass Universitäten und ihre Förderer die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie schützen und verteidigen. Dazu gehört auch die unabhängige studentische Selbstorganisation.

Wie KriSol in einer früheren Stellungnahme⁹ betont hat, führt die grundrechtlich problematische Einstufung von BDS und BDS-nahen Akteur*innen als „verfassungsfeindlich“ zu zunehmender Unsicherheit unter Studierenden und im wissenschaftlichen Betrieb, fördert Stigmatisierung und befeuert bereits bestehende „chilling effects“ auf wissenschaftliche Debatten und Lehre und politisches Engagement von Studierenden. Sie untergräbt zudem die Prinzipien offener wissenschaftlicher Auseinandersetzung und der pluralistischen Hochschulkultur. Wir fordern Sie daher dazu auf:

1. **Die Hertie-Stiftung muss die Hochschulautonomie der Hertie School und studentische Selbstverwaltung achten.** Die Hertie-Stiftung sollte sich unmissverständlich zur institutionellen Unabhängigkeit der Hertie School bekennen und von jeder inhaltlichen Einflussnahme auf inneruniversitäre Debatten und Androhungen von Konsequenzen absehen sowie das am 7.3.2026 auf LinkedIn gepostete Statement widerrufen.
2. **Die Hochschulleitung sollte studentische Selbstverwaltung respektieren und schützen.** Die Hochschulleitung der Hertie School sollte die demokratisch legitimierte Vertretung ihrer Studierenden respektieren und sicherstellen, dass deren Mitglieder aufgrund legitimer politischer Positionierungen keinerlei Druck oder Konsequenzen erfahren.
3. **Die Hertie-Stiftung und die Hochschulleitung müssen die Lehrfreiheit und einen offenen Diskursraum wahren.** Hochschulen müssen Orte kontroverser, faktenbasierter und inklusiver Debatten bleiben. Dazu gehört besonders der Schutz marginalisierter Perspektiven, einschließlich palästinensischer Stimmen. Unterstützende Positionen zu BDS sind in Deutschland grundgesetzlich von der Meinungsfreiheit geschützt. Die Andeutung von Konsequenzen für politische Positionen eines gewählten Studierendengremiums gefährdet die Wissenschaftsfreiheit und schließt Diskursräume an der Universität. Beides sind zentrale Güter der Demokratie und der Prinzipien der Hertie School.

Wir appellieren an Sie, diese Prinzipien zu achten und die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie durch Ihr Handeln nicht zu untergraben. Die Hertie School trägt als prominente Einrichtung der Governance-Ausbildung in Deutschland besondere Verantwortung dafür, dass Studierende nicht für ihre politischen Positionierungen

⁸ Siehe dazu: Academic Freedom Index Update 2025: https://academic-freedom-index.net/research/Academic_Freedom_Index_Update_2025.pdf. Siehe auch in Forschung & Lehre: <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/wissenschaftsfreiheit-und-meinungsfreiheit-auch-an-deutschen-unis-eingeschraenkt-6691>.

⁹ Siehe: https://krisol-wissenschaft.org/wp-content/uploads/2025/06/Statement_BDS.pdf.

eingeschüchtert oder delegitimiert werden. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung und stehen gerne für einen weiteren Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Gremium für Wissenschaftsfreiheit (DAVO GfW)

Allianz für kritische und solidarische Wissenschaft (KriSol)

Verein Palästinensischer und Jüdischer Akademiker*innen (PJA)